

Inhaltsverzeichnis

CORNELIA PETZOLD-SCHICK	Grußwort der Oberbürgermeisterin	4
KONRAD DUSSEL/ JÜRGEN TREFFEISEN	Vorwort der Herausgeber	6
TAMARA FREY	<i>Ein frühes Bürgerzentrum?</i> Der Hohenegger	8
KONRAD DUSSEL	<i>Vom Dienstsitz eines fürstbischöflichen Oberjägers zum Forster Bürgerzentrum</i> 275 Jahre Jägerhaus in Forst	30
JOHANNES EHMANN	Marginalien zu einer evangelischen Kirchengeschichte Bruchsal's vor allem im 19. Jahrhundert	50
SARA DOLL	<i>Mit dem Tode ist alles aus</i> Das Männerzuchthaus Bruchsal und die Heidelberger Anatomie im 19. Jahrhundert	62
THOMAS ADAM	<i>Drei Gründungen und ein Neuanfang</i> Volkshochschulen in Bruchsal seit 1919	86
KONRAD DUSSEL	<i>Ein Dorf wird braun</i> Forst 1930 bis 1933	118
FLORIAN JUNG	Tätigkeitsbericht des Bruchsaler Bestattungsordners Sebastian Grundel	138
RUTH BIRKLE	<i>...nochmal ein kleines Bubele oder Mädele sein...?</i> Geschichte der Kinderheime in Bruchsal	186
THOMAS LIEBSCHER	<i>Wer mit wem bei den Gemeinden und wie der Landkreis Bruchsal von der Landkarte verschwand</i> Die Gebietsreform im Raum Bruchsal zwischen 1967 und 1975	226
ROLF SCHMITT	<i>Ich glaube nicht, dass ihr in Deutschland zu solch einer Geste fähig seid</i> Nach acht Jahre währenden Diskussionen wurden in Bruchsal erstmals Stolpersteine verlegt	254
FLORIAN JUNG	<i>Stolpersteinverlegungen in Bruchsal</i> Ein Schülerprojekt als Versöhnungsprojekt	268

KONRAD DUSSEL

Vom Dienstsitz eines fürstbischöflichen Oberjägers zum Forster Bürgerzentrum

275 Jahre Jägerhaus in Forst

2022 wurde in Bruchsal die Grundsteinlegung des Schlosses vor 300 Jahren gefeiert und in Forst der Bau des Jägerhauses vor 275 Jahren. Der Zusammenhang ist eindeutig. Wäre es nicht zum Schlossbau gekommen, hätte Forst sicherlich keinen so repräsentativen Dienstsitz eines Oberjägers erhalten.

Die fürstbischöfliche Zeit ging mit dem 18. Jahrhundert zu Ende. Im 19. und frühen 20. Jahrhundert gab es jedoch eine neue Verbindung zwischen Bruchsal und dem Forster Jägerhaus. Es diente nun als Filiale für Bruchsaler Zigarrenfabrikanten. Da es sich um eine jüdische Familie handelte, verloren die Eigentümer im NS-Staat nicht nur ihren Besitz, sondern auch ihr Leben. Damit sind die drei Schwerpunkte des Beitrags vorgegeben: das Jägerhaus als Dienstsitz eines fürstbischöflichen Oberjägers; die Zigarrenfabrikation in der Region und im Jägerhaus; sowie die Arisierungsproblematik.

Das Jägerhaus als Dienstsitz eines fürstbischöflichen Oberjägers

Dass die Region Jahrhunderte lang von Speyerer Bischöfen beherrscht wurde, hatte sie Kaiser Heinrich III. zu verdanken. Er schenkte 1056 den Königshof Bruchsal und den darum herumliegenden Lußhardtswald dem Speyerer Bischof und seinen Nachfolgern. Diese besaßen damit einen großen rechtsrheinischen Besitz. Und der wurde nach der Reformation noch interessanter, als die Reichsstadt Speyer zum neuen Bekenntnis wechselte und das Zusammenleben mit dem katholischen Bischof immer schwieriger wurde. Die Bischöfe zogen über den Rhein, zuerst nach Philippsburg, dann nach Bruchsal.

1722 begann Fürstbischof von Schönborn mit dem Bau des Bruchsaler Schlosses. Schönborn wollte aber nicht nur ein prächtiges Schloss für sich. Er nahm seine Ämter als Bischof und regierender Fürst sehr ernst. Er war in seinem Herrschaftsbereich ganz präsent. Das hatte es zuvor lange nicht gegeben. Er gab damit eine Richtung vor, die auch von seinen Nachfolgern weiterverfolgt wurde.

Schönborn starb 1743. Als Nachfolger wurde Franz Christoph von Hutten gewählt. Hutten amtierte bis 1770. Hutten war zwar nicht ganz so tat-

kräftig wie Schönborn, man sollte ihn aber trotzdem nicht unterschätzen. Was Schönborn begonnen hatte, wurde von ihm fortgesetzt. Das galt für den Schlossbau, wo er vor allem für den Innenausbau sorgte. Das galt aber auch für den Ausbau der fürstbischöflichen Herrschaft – die Organisation der Verwaltung sowie ihre materielle Ausstattung.

Von großer Bedeutung waren dabei die Wälder, und hier ganz konkret die Lusshardt. Die Wälder waren zum einen von enormer ökonomischer Wichtigkeit. Steinkohle, gar Erdöl oder Erdgas waren damals als Heizmaterial völlig unbekannt. Man heizte mit Holz. Und man benötigte es als Baumaterial und vielfältig eingesetzten Werkstoff. Außerdem wurden Eicheln und Buchecker an Schweine verfüttert und Rindvieh durfte im Wald grasen, um nur ein paar wichtige Aspekte zu nennen.

Die Wälder hatten zum anderen aber auch noch eine zweite wichtige Funktion. Die Jagd auf ihr Wild war eine der bevorzugten adeligen Freizeitaktivitäten. Die fürstliche Jagd war ein hohes Statussymbol und musste entsprechend aufwändig organisiert werden. In der fürstbischöflichen Regierung war dafür als Leiter der Oberjägermeister zuständig – ein Adliger, der in Bruchsal residierte. Ihm standen ein Jagdjunker zur Seite und ein Jagdrat und selbstverständlich ein Jagdsekretär. Nachgeordnet war ihnen weiteres zahlreiches Personal. Dem fürstbischöflichen Territorium entsprechend war es regional gegliedert – diesseits und jenseits des Rheins, also links- und rechtsrheinisch. Jeder dieser beiden Bereiche wurde von einem bürgerlichen Oberjäger geleitet, dem wiederum eine ganze Reihe Jäger

Das 1750 erbaute Jägerhaus in Kronau schräg gegenüber dem Rathaus (Aufnahme: Konrad Dussel).



und sogenannte Pürschknechte unterstanden. Beim rechtsrheinischen Oberjäger, dem Oberjäger im Brurhein, waren das knapp 30 Mann, die auf rund ein Dutzend Standorte verteilt waren.¹ Diese mussten aber erst einmal ganz konkret aufgebaut werden. Und damit waren sowohl Bischof Schönborn wie Bischof Hutten längere Zeit beschäftigt.

Der Oberjäger im Brurhein bekam seinen Sitz in Forst. Die Jäger in der Nachbarschaft saßen in Altenbürg, dem heutigen Karlsdorf, in Hambrücken, in Weiher, in Kirrlach und in Kronau. Nach und nach wurden überall Jägerhäuser gebaut. Und in Forst war es sogar das Oberjägerhaus. Ein paar von ihnen sind noch erhalten – in Kronau beispielsweise schräg gegenüber dem Pfarrhaus. Oder in Karlsdorf am Ortsausgang Richtung Neuthard. Und dann natürlich in Forst.²

Konkret wurde es mit dem Bau in Forst im Jahr 1746. Im Sommer dieses Jahres ließ Bischof Hutten den Bauplatz erwerben. Der Forster Bürger Philipp Heil wollte nach Ungarn auswandern und verkaufte deshalb seinen Besitz. Da der Platz nicht ganz ausreichte, mussten noch ein paar Quadratmeter hinzuerworben werden. Das verzögerte den Baubeginn, weil es im Detail Schwierigkeiten gab. 1747 konnte aber mit den Arbeiten begonnen werden. Gebaut wurde das zweistöckige Oberjägerhaus, eine Vieh- und Pferdestallung, ein Holzschopfen, ein Wasch- und Backhaus, vier Schweineställe sowie zwei Hundeställe und Zwinger.³

Die Pläne waren ursprünglich etwas bescheidener gewesen. Für das Oberjägerhaus war zunächst nur ein Stockwerk vorgesehen.⁴ Es ähnelte damit sehr den Dienstsitzen für die einfachen Jäger wie in Kronau oder Karlsdorf. Wahrscheinlich wollte man dann den besonderen Status des Oberjägers auch architektonisch zum Ausdruck bringen. Deshalb wird es für seinen Dienstsitz ein zweites Stockwerk gegeben haben. Das Forster Jägerhaus war damit genauso repräsentativ wie das wenig später gebaute Pfarrhaus.

Eine solche Repräsentativität hatte schon damals ihren Preis. Wenn es an manchen Stellen heißt, die Kosten hätten 390 Gulden betragen,⁵ so beruht das auf einer ungenauen Lektüre der Quellen. Diese Angabe bezieht sich nur auf die Kosten der Zimmermannsarbeiten. Die Gesamtkosten sind nicht überliefert. Es gibt aber einen aussagekräftigen Vergleichswert. Das neue Pfarrhaus wurde im Sommer 1751 fertiggestellt, also nur vier Jahre später. Und da ist eine Gesamtsumme für die Kosten überliefert. Sie betrug genau 3.219 Gulden und 57 Kreuzer.⁶ Das nun in heutige Währung umrechnen zu wollen, wäre genauso schwierig wie irreführend. Sinnvoller sind Vergleiche in der Zeit und am selben Ort. Wie sah es auf dem Forster Immobilienmarkt damals aus? Was hätte man für gut 3.000 Gulden erwerben können? Von den einfachen, strohgedeckten einstöckigen Fachwerkhäuschen hätte man etwa zehn bekommen. Und von den aufwändigeren, zumindest teilweise mit Steinen gebauten zweistöckigen Bauten immer noch zwei, wenn nicht drei.⁷ Bischof Hutten ließ sich also auch die Dienstgebäude in seinem Herrschaftsbereich etwas kosten.

Dass es sich beim Jägerhaus um einen offiziellen Bau handelte, zeigt vor allem das repräsentative große Wappen über dem Eingang. In drei ovalen Feldern macht es deutlich, wer der Bauherr war: Links oben – aus Sicht des



Das Wappen-Medaillon über der Eingangstür des ältesten Jägerhaus-Teils zeigt schon durch seine aufwändige Gestaltung, dass es hier im dörflichen Kontext um ein Haus von Bedeutung ging (Aufnahme: Konrad Dussel).

Betrachters (oder der Betrachterin) – ist ein weißes Kreuz auf blauem Grund zu sehen – das Wappen des Hochstifts. Rechts oben ist eine stilisierte weiße Burg auf rotem Grund dargestellt – das Wappen von Stift Weißenburg im Elsass, das seit der Reformation mit dem Hochstift verbunden war. Und unten schließlich verweist das Wappen mit den beiden gelben Streifen auf rotem Grund auf die Familie des Bauherrn, die von Hutten. Die Wappen selbst sind übrigens keine Originale mehr. In den 1920er Jahren waren sie stark verwittert. In Absprache mit dem Denkmalamt ließ sie der damalige Besitzer, auf den gleich noch einzugehen ist, 1928 durch den Bruchsaler Bildhauer Gustav Löffler neu anfertigen.⁸

Wie es mit der Wasserversorgung zu Beginn aussah, ist unklar. Der noch heute vorhandene Ziehbrunnen trägt die Jahreszahl 1753. Im Haus gab es zwar auf drei Etagen – das Dach war ausgebaut – zwölf recht großzügige Zimmer, aber keine sanitären Einrichtungen.

Erster Nutzer des Forster Jägerhauses war der um 1710 geborene Philipp Heinrich Vorderer. Vorderer war Büchsenspanner des Bischofs gewesen, als 1744 der Revierjäger Johann Geiger starb. Vorderer erhielt dessen Stelle und heiratete auch gleich dessen junge, erst 22 Jahre alte Witwe. 1746 folgte dann der nächste Karriereschritt. Oberjäger Krauß war verstorben und Vorderer durfte seine Nachfolge antreten. 1747 konnte er dann mit seiner kleinen Familie in das neue Jägerhaus einziehen. Vorderer hatte damals zwei Kinder. In den nächsten zwölf Jahren gebar ihm seine Frau sieben weitere. Aber viel Glück hatten die beiden damit nicht. Mindestens sechs von ihnen starben als Kinder, vielleicht waren es sogar acht. Nur eine Tochter konnte 1775 heiraten.⁹ Vorderer erlebte das jedoch nicht. Anfang 1760 war er mit 50 Jahren verstorben.

Vorderer und seiner Familie war es nicht schlecht gegangen. Sie durften ein stattliches Haus bewohnen und der Oberjäger bezog ein ansehnliches Gehalt. Wie es damals üblich war, bestand es nur zum Teil in barem Geld, ein erheblicher Teil waren Naturalien. Das macht selbstverständlich Vergleiche mit heutigen Gegebenheiten sehr schwierig. Aber Hinweise sind durchaus möglich. Der Geldanteil betrug 245 Gulden. Sein Vorgesetzter, der Oberjägermeister, bekam 600. Als Büchsenspanner hatte Vorderer allerdings nur 40 erhalten.¹⁰ Und noch ein Anhaltspunkt: Für 200 bis 250 Gulden, also einem seiner Jahresgehälter, konnte man damals in Forst ein kleines Häuschen kaufen.

Hinzu kamen noch etliche Naturalien – 26 Malter Korn, also Roggen, und 20 Malter Hafer sowie ein Fuder und acht Ohm Wein, dazu auch noch Holz, Heu und Stroh. Man muss die alten Maße umrechnen, um zu sehen, dass Vorderer nicht schlecht versorgt wurde. Der Wein machte etwa 2.000 Liter aus und das Getreide etwa vier Tonnen.

Vorderer verstarb also 1760 und seine Witwe musste mit den Kindern das Haus verlassen. Sie zog nach Bruchsal, ihrem Geburtsort. Vorderers Nachfolger wurde Valentin Gehring, bisher Jäger in Kronau. Gehring hinterließ in den

Forster Kirchenbüchern nur eine Spur: 1773 wurde ihm hier ein Sohn geboren.¹¹ Umso mehr Spuren hinterließ er in den fürstbischöflichen Akten zum Jägerhaus. Immer wieder mahnte er nämlich Renovierungen und Reparaturen an, zum ersten Mal gleich nach seiner Amtsübernahme im Frühjahr 1760.

Gleichwohl darf man die Investitionen auch nicht überschätzen. Immerhin ging es um viele Jahre. Und als 1787 das Dach neu zu decken war, stand das Haus auch schon 40 Jahre. Unklar ist, ob Gehring damals noch Hausherr war. 1794 amtierte jedenfalls sein Nachfolger Joseph Taylor. Am 16. August dieses Jahres verfasste der nämlich einen Bericht zu einem Unglück, das sein Haus am Abend zuvor getroffen hatte. Ein starker Hagel war niedergegangen, verbunden mit heftigem Sturm. Der Sturm hatte einige Fensterläden aus den Kloben herausgerissen, so dass sie heruntergefallen und beschädigt worden waren. Und noch größer dürften die Schäden durch den Hagel gewesen sein – *Schloßen, welche wie kleine hüner Eyer dick waren*. Insgesamt 76 Fensterscheiben seien eingeschlagen worden. Damit waren sicher die Teile der Sprossenscheiben gemeint.¹²

Taylor wird sein Amt in Forst wohl 1776 angetreten haben, denn ab diesem Jahr sind in den Forster Kirchenbüchern 13 Geburten seiner Frau verzeichnet. Und anders als bei Vorderer überlebten davon viele Kinder. Mindestens sechs von ihnen konnten heiraten.¹³

Unter Taylor vollzog sich der Übergang des Hochstifts Speyer an Baden und Taylor wurde zum großherzoglichen Forstmeister. Das Jägerhaus ging in den Besitz des badischen Staats über und blieb noch einige Zeit Dienstsitz. Das wurde aufgegeben, als Taylors Nachfolger Kron Anfang 1836 pensioniert wurde. Am 18. Mai 1836 erwarb Friedrich Taylor, Revierförster in Ziegelhausen und Sohn Joseph Taylors, das Jägerhaus für 3.310 Gulden.¹⁴

Über die nächsten 50 Jahre kann nicht viel gesagt werden. Zu erwähnen ist nur, dass das Anwesen im Laufe dieser Zeit geteilt wurde. Die einstigen Stallungen mit Hundezwinger wurden abgetrennt und zu einem Wohnhaus mit Nebengebäuden umgebaut, heute Schwanenstraße 26. Und spätestens 1885 diente das Hauptgebäude als Zigarrenfabrik.

Zigarrenfabrikation in der Region, in Forst und im Jägerhaus

Das 19. Jahrhundert war in Deutschland durch die Industrialisierung geprägt. Im Allgemeinen denkt man dabei an Großbetriebe in Bergbau und Eisenindustrie. In Baden sucht man Derartiges vergebens. Hier war der Motor der Entwicklung die Tabakindustrie, vor allem die Zigarrenproduktion. Bislang hatte man Tabak vor allem in der Pfeife geraucht, hatte ihn gekaut oder geschnupft. Nun traten die Zigarren in den Vordergrund. Diese wurden fast völlig in Handarbeit gefertigt, zumeist in recht kleinen Betrieben und ganz überwiegend durch Frauen.

Die Entwicklung im vierten Viertel des 19. Jahrhunderts war beeindruckend. 1875 wurden in ganz Baden 246 tabakverarbeitende Betriebe gezählt mit gut 12.000 Beschäftigten. 1899 waren es bereits 744 mit mehr als 34.000, also jeweils rund das Dreifache. 1909 war dann der Höhepunkt vor dem

Ersten Weltkrieg erreicht: 938 Betriebe mit 40.000 Beschäftigten. Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl schwankte immer nur zwischen 40 und 50. Was sich aber dramatisch veränderte, war das Geschlechterverhältnis. Waren 1875 noch etwas mehr Männer als Frauen beschäftigt worden, so betrug das Verhältnis um die Wende zum 20. Jahrhundert etwa 7 zu 3 – zugunsten der Frauen.¹⁵

Nordbaden entwickelte sich dabei schnell zu einem Schwerpunkt. An erster Stelle ist hier Hockenheim zu nennen. Um 1900 waren dort von 6.000 Einwohnern 1.200 in Zigarrenfabriken tätig – also jeder fünfte, Männer wie Frauen. Aber auch in unserer Gegend sah es ähnlich aus. Eine vergleichbare Quote – jeder fünfte in der Zigarrenfabrik – wurde in Östringen erreicht, aber auch in Kirrlach, Kronau und Mingolsheim. In Hambrücken war sie nur wenig geringer. Forst konnte da gar nicht richtig konkurrieren. Im Jahr 1900 wurden hier nur 95 einschlägig Beschäftigte gezählt. Bei einer Einwohnerzahl von fast 2.700 war also nur rund jeder 30. in einer Zigarrenfabrik tätig.¹⁶

Was für die Zeit um 1900 gesagt wurde, galt auch noch Ende der 1920er Jahre. Noch immer gehörten da rund 80 Prozent aller industriellen Betriebe im Bezirk zur Tabakindustrie und sie beschäftigten 75 Prozent aller Arbeiter und – vor allem Arbeiterinnen.¹⁷

Forst gehörte zwar nicht zu den Hochburgen der Zigarrenindustrie in der Region, aber deshalb war sie auch hier nicht bedeutungslos. 1910 gab es in der Gemeinde drei Betriebe mit insgesamt 181 Beschäftigten, darunter 144 Frauen und Mädchen.¹⁸ Einer davon – mit 60 Beschäftigten – war im Jägerhaus untergebracht.

Im März 1885 hatte hier die Firma Neubeck eine Zigarrenfabrik eröffnet. Ob sie tatsächlich als erste hier begann, ist nicht mit Sicherheit zu sagen, denn die Akte, der dies entnommen ist, beginnt erst um diese Zeit.¹⁹ Sicher ist jedoch, dass sich die Firma nicht lange halten konnte. Im April 1889 gab es ein Zwangsvollstreckungsverfahren, das Jakob Heinrich König für sich entschied. König hatte 1881 in Karlsdorf mit der Zigarrenproduktion begonnen und erwarb nun einen zweiten Betrieb. Er zahlte 11.500 Mark.²⁰ Aber auch König war nicht lange präsent. Im Oktober 1895 verkaufte er sein Forster Anwesen an die Firma Salomon Rothheimer für 13.000 Mark plus 600 Mark für das Inventar.²¹ In deren Hand blieb sie nun für gut 40 Jahre, bis 1938.

Salomon Rothheimer scheint ein energischer Mann gewesen zu sein. Auf jeden Fall war er ständig mit dem Ausbau seines Forster Betriebes beschäftigt. Schon vor dem offiziellen Kauf des Anwesens hatte er einen ersten Bauantrag betreffend die Verlängerung des Schopfens gegen das Fabrikgebäude eingereicht.²² 1897 gab es dann den Neubau eines Lagerhauses und 1902 eine Umorganisation innerhalb des Hauses. 1903 ging es wohl um einen neuen Abortbau – da ist die Unterlage nicht ganz eindeutig – und 1905 dann um den großen Anbau. Am 23. Mai dieses Jahres schrieb er dem Bezirksamt, *daß er mit dem Neubau in der Jägergasse begonnen habe*. Leider ist dazu kein Plan überliefert.²³

Wer waren nun die Rothheimers?²⁴

Die Familie war seit langem in Gondelsheim ansässig. Aaron Rothheimer war Metzger und hatte vier Kinder, zwei Töchter und zwei Söhne.²⁵ Bernhard, der

Woflebliche Bürgermeisteramt
Forst

Herrn
 Sal. Rothheimer
 Zigarrenfabrikant hier
 am untern Waldweg
 wo jetzt das alte Haus für die
 neue untern "Hofgang"

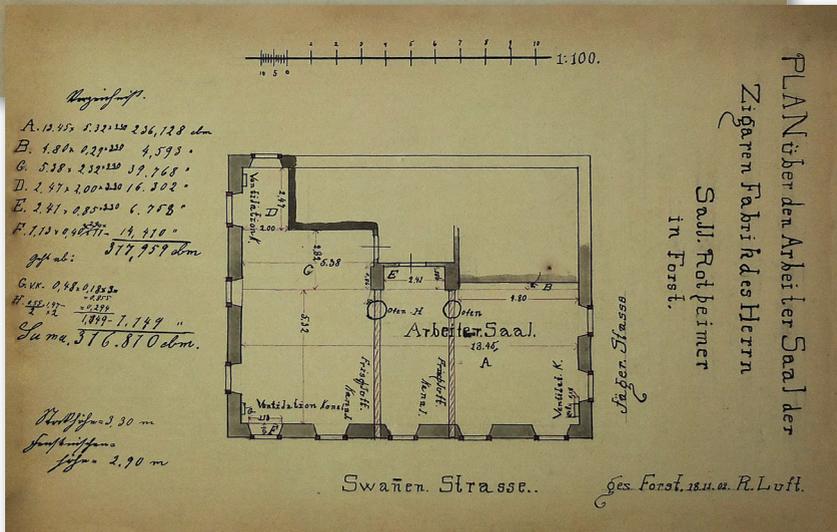
Der Rachen meines Fabrikanten ist
 seit dem neuen Waldweg laut
 Gang vom 7 October 1895 verändert und
 zwar vergrößert dadurch, daß er dem
 in 2 Stock befindliche Porticulatorien
 auf dem neuen Werk verlegt werden
 der in Folge dessen für gewöhnlich Rachen
 gelin Fabrikant sein kann, wobei letztere
 sich dem nachfolgend vergrößert.

Woflebliche Bürgermeisteramt ist
 in Folge des obigen Nötigen für den
 neuen Hofgang baldmöglichst vorarbeiten
 zu wollen.

Hofgang
 Sal. Rothheimer

Forst den
 7 Novbr 1902

Ein Foto von Salomon Rothheimer konnte bislang noch nicht gefunden werden. Ein handschriebenes Gesuch vom 7. November 1902 wirft zumindest ein gewisses Licht auf seine sicherlich genauso klare wie energische Persönlichkeit. – Der beigelegte Plan zeigt die damalige Arbeitssituation im ersten Obergeschoß des Jägerhauses (GAF A 6).



den Besatzungsmächten bewusst so gewollten Anspruch einer Bildung für alle gesellschaftlichen Schichten, frei von Bevormundung, als Beitrag zur Schaffung neuer demokratischer Strukturen. Das sind die Rahmenbedingungen, unter denen die Idee der Volkshochschule sich rasch verbreitet hat und in vielen Städten des Landes entsprechende Einrichtungen entstehen konnten. Direkt nach dem Ersten Weltkrieg, direkt nach dem Zweiten und zuletzt dann, unter ganz anderen Vorzeichen, als Ergebnis einer gewissen Neuordnung auch der Bildungslandschaft während der politischen Flurbereinigung der 1970er Jahre: In Bruchsal gründeten oder wandelten sich Volkshochschulen – bewusst sollten wir hier die Mehrzahl verwenden, und wir werden noch sehen, warum – in allen diesen Perioden; aus gutem Grund lässt sich von drei Generationen der VHS Bruchsal sprechen. Die heutige Einrichtung dieses Namens reicht mit ihren Wurzeln in sämtliche Zeitschichten der VHS-Entstehungsprozesse im 20. Jahrhundert hinunter. Ihre Höhen und Tiefen, ihre Gründungen, Krisen und Neuanfänge sind ein Kapitel regionaler Bildungs- und Sozialgeschichte.

In Bruchsal darf die Volkshochschule als gelöst gelten: 1919 bis 1921/22

Der Zusammenbruch Ende 1918 hinterließ eine zutiefst deprimierte und auch desorientierte deutsche Bevölkerung. Mit dem Kaiserreich lag die Nation insgesamt in Trümmern, das Vertraute der alten Ordnung war fortgefegt durch die Niederlage am 9. November. Inmitten dieser Beklemmung und zugleich erheblichen materiellen Drangsal sollte aus dem Untertan nun der politisch aufgeklärte Staatsbürger werden – und sich als solcher mit demokratischen Mitteln und Möglichkeiten für den Aufbau der Republik engagieren.⁴

Einer Republik, deren Spielregeln überhaupt erst noch eingeübt werden mussten. Und hier kam, mit großen Erwartungen, die Idee der neuzugründenden Volkshochschulen ins Spiel. Als Orte der Bildung für alle Schichten und im Dienst der Gesamtheit sollten diese den Deutschen das *Denkenlernen* erleichtern und ihnen zu neuem Gemeinschaftsgefühl verhelfen. Geboren aus der Not eines geistig zerrissenen und in seinen Grundfesten erschütterten Volkes, so hat es der Volkshochschulreferent im preußischen Wissenschaftsministerium, Werner Picht, 1920 formuliert, konnten diese Bildungseinrichtungen ein Werkzeug sein, demokratische Strukturen in der noch jungen, aber mit vielfältigen Problemen konfrontierten Weimarer Republik zu schaffen. Auch deshalb appellierte Artikel 148 ihrer Verfassung vom 11. August 1919 an alle politischen Ebenen – an das Reich, an die Länder und ausdrücklich auch an die Städte und Gemeinden –, das Volksbildungswesen einschließlich der Volkshochschulen zu fördern und mithin Weiterbildung als öffentliche Aufgabe zu begreifen. Eine formale Verpflichtung freilich ergab sich aus dieser Soll-Formulierung im Verfassungstext nicht, zumal auch überall die finanziellen Mittel dazu fehlten. So berief die badische Regierung in Karlsruhe zwar eine Kommission, um die sehr divergente Arbeit der Volkshochschulen strukturell zu vereinheitlichen, betrieb

aber im Gegensatz zu Ländern wie Preußen, Sachsen oder Thüringen doch nie eine aktive Volkshochschulpolitik und vergab an die Einrichtungen nur dürftige, jederzeit widerrufliche Zuschüsse. Und dennoch: Mit der Weimarer Staatsordnung hatte die Weiterbildung erstmals eine Art von Verfassungsrang erhalten.

Die Aufbruchsstimmung war geradezu euphorisch. Deutschlandweit kam es zu einer Gründungswelle von Volkshochschulen, auch *allüberall im badischen Lande regt es sich*. Bildungsgerechtigkeit sollte mit dem Volk und für das Volk gestaltet werden. In keinem anderen Jahr der deutschen Geschichte entstanden so viele dieser Einrichtungen wie 1919, bald auch bereits die ersten Dachorganisationen. Von einem regelrechten *Volkshochschulgründungsfieber*, gar von einer Inflation war die Rede. Berufen konnten sich die Initiatoren dieser neuen Bildungseinrichtungen auf Vorbilder in den skandinavischen Ländern, in Dänemark und Schweden vor allem, wo solche Volkshochschulen schon Jahrzehnte früher in Zeiten der Krise und sozialen Verwerfung entstanden waren. Und so wie dort auf tiefe Zäsuren eine neue Blüte hatte folgen können, so erhoffte man sich nun auch für Deutschland mit Hilfe des Volkshochschulgedankens die Überwindung der nationalen Katastrophe vom Herbst 1918.

Dem Volk einen weiten Gesichtskreis zu verschaffen, ihm bei der Beurteilung von Zeitfragen ein selbstständiges Urteil zu ermöglichen: Das galt als Gebot der Stunde und war ein erklärtes Ziel der Volkshochschulen. *Ihr Zweck*, schreibt, September 1919, ein Autor im „Badischen Beobachter“, dem Organ der katholischen Zentrumspartei, *soll die Hebung der Bildung schlechthin sein: Der Staatsbürger soll befähigt werden, durch eigene Einsicht die Fragen zu entscheiden, vor die ihn die heutige und die kommende Demokratie stellt*. Im selben Jahr, aber weniger feierlich und wohl auch mit einem Schuss Ironie, definierte Prof. Dr. Wilhelm Salomon, Vorsitzender des Volkshochschulausschusses in Heidelberg, die Aufgaben dieser neuen Form der Volksbildung: Vermittelt werden sollten Wissen und Kenntnisse, gefördert die charakterliche Wesensentwicklung. *Die Volkshochschule*, sagte Salomon, *ist einem Blumentopf vergleichbar, aus dem die Kartoffel der beruflichen Weiterbildung wie die Rose der Persönlichkeitsbildung erwachsen kann*.

Das waren einige der möglichen Antworten auf die Frage, was eine Volkshochschule denn eigentlich tun und sein solle. Darüber aber konnte es, je nach Zielrichtung der Initiatoren und Träger, auch ganz andere Ansichten geben. Viele Neugründungen des Jahres 1919 glichen einander nicht, Einheitlichkeit in der Konzeption gab es keine, von kommunistisch bis völkisch-national reichte – allen demokratischen Hoffnungen und Ansprüchen zum Trotz – das Spektrum der möglichen Einflüsse; auch an der Volkshochschule Bruchsal wird sich dies widerspiegeln. Schon die Entstehungsgründe der einzelnen Einrichtungen konnten sich deutlich voneinander unterscheiden, ihre Arbeitsprogramme ohnehin – je nach dem auch, ob sie in einer vorwiegend konservativen ländlichen Gegend saßen oder in einer bürgerlichen Kleinstadt oder in einem Industriezentrum mit starken sozialistischen Wählerschichten. Die vorherrschende Konfession einer Stadt oder Region, ob katholisch oder protestantisch, mochte ebenfalls Auswirkungen auf die Herangehensweise haben. Voraussetzung des

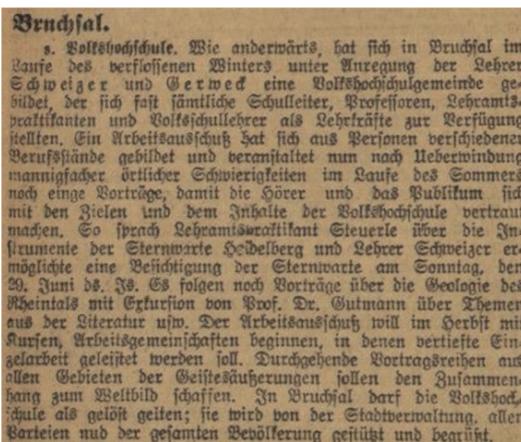
Erfolges war daher die Anpassung an lokalspezifische Bedürfnisse und Rahmenbedingungen; *jeder Ort und jede Gegend muß ihrer Eigenart entsprechend behandelt werden*. Demgegenüber hatten die bald aufkommenden theoretischen Diskussionen über die Gestaltung der Bildungsarbeit an Volkshochschulen kaum einen prägenden Einfluss auf die praktische Arbeit vor Ort.⁵

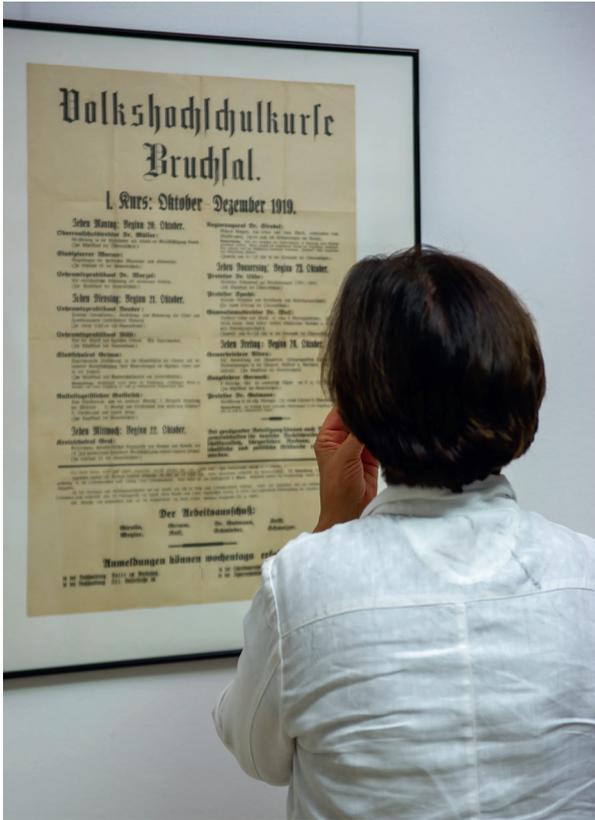
Das Bruchsal des frühen 20. Jahrhunderts war eine nach wie vor katholische Stadt mit inzwischen nennenswertem Arbeiteranteil. Das ließ sich auch am politischen Abstimmungsverhalten ablesen. Bei den Wahlen zur verfassunggebenden deutschen und badischen Nationalversammlung 1919 votierten fast 43 Prozent der Bruchsaler für die Zentrumspartei, 30 Prozent für die Sozialdemokraten, die linksliberale Deutsche Demokratische Partei kam als drittstärkste Kraft auf gut 23 Prozent.⁶ Wie sich Katholiken gegenüber den Volkshochschulgründungen positionieren sollten, das beantwortete wiederum der „Badische Beobachter“ aus Karlsruhe am 22. September 1919: Fernhalten von dieser Bewegung, *die nun einmal entstanden ist*, könne man sich nicht. Vielmehr müsse man diese neuen Formen der Erwachsenenbildung, *die sich gegebenenfalls auch ohne uns durchsetzen würden*, im Sinne der katholischen Weltanschauung beeinflussen und den christlichen Gedanken an den allgemeinen Volkshochschulen zur Geltung bringen – wobei aber diese Einrichtungen grundsätzlich weltanschauliche Neutralität zu wahren hätten. Und gerade auch die Katholiken seien berufen, an der Festigung der deutschen Volksgemeinschaft mitzuwirken, wozu die Volkshochschularbeit potenziell *ein hervorragendes Mittel* darstelle. Die Beteiligung katholischer Lehrkräfte sei außerdem wichtig, um andere Glaubensanhänger beraten zu können, *welche Veranstaltungen für sie in Frage kommen*.⁷

Vor dem Hintergrund solcher inhaltlichen Debatten wurden in Bruchsal bereits wenige Monate nach dem Ersten Weltkrieg, im Februar 1919, die ersten Schritte zur Gründung einer Volkshochschule unternommen. Doch nur wenige aussagekräftige zeitgenössische Quellen belegen ihr Bestehen und ihre Arbeit: ein Plakat vom ersten vollständigen Kursprogramm, Oktober bis Dezember 1919, dazu einige Zeitungsartikel sowie ein kurzer

Abschnitt in dem von der Stadtverwaltung beauftragten und 1920

[Die frühesten bekannten Zeitungsberichte über die Bruchsaler Volkshochschule aus dem „Volksfreund“ vom 9. Juli 1919 \(links\) und der „Karlsruher Zeitung“ vom 10. Januar 1921 \(Vorlagen und Reproduktionen: Karlsruhe, Badische Landesbibliothek\).](#)





Das Plakat mit dem ersten Programm einer Volkshochschule in Bruchsal für Herbst/Winter 1919, gezeigt im Rahmen einer Ausstellung zum 100-jährigen Bestehen der VHS Bruchsal 2019 im Rathaus am Marktplatz (Aufnahme: Martin Günther).

erschienenen Buch „Bruchsal im Weltkrieg 1914 – 1920“, verfasst von dem Pädagogen und Autor Josef Münch.⁸

Über die programmatische Zielsetzung der Bruchsaler Volkshochschularbeit, über Formen und Inhalte des Unterrichts erzählen diese Quellen kaum etwas. Was sie aber überliefern ist, dass Heinrich Schweizer, Lehrer an der Gewerbeschule, und sein Kollege Eduard Gerweck von der Volksschule die entscheidenden Impulse zur Gründung gegeben haben, nur ein Vierteljahr nach Ende des Ersten Weltkrieges. Beider Biografien und ihren politischen Hintergrund werden wir noch eingehender betrachten.

Wohl weil die Anregung zum Aufbau einer Volkshochschule von pädagogischer Seite kam, stieß sie gerade hier auch auf besondere Unterstützung und fand offene Türen vor; etliche Schulleiter, Professoren, Lehramtspraktikanten und Volksschullehrer förderten das Projekt und stellen sich als Dozenten zur Verfügung. *Nach Ueberwindung mannigfacher örtlicher Schwierigkeiten* organisierte ein Arbeitsausschuss *aus Personen verschiedener Berufsstände*

bereits im Sommer 1919 erste Ausflüge und Vorträge, *damit die Hörer und das Publikum sich mit den Zielen und dem Inhalte der Volkshochschule vertraut machen*. Ein Lehramtspraktikant sprach über die Heidelberger Sternwarte, Lehrer Schweizer organisierte Ende Juni eine Fahrt dorthin mit Besichtigung dieses Observatoriums. Weitere Vorträge über literarische Themen und eine Exkursion zur Geologie des Rheintals folgten, und so entstand rasch auch in Bruchsal eine *Volkshochschulgemeinde*. Für den Herbst und Winter 1919 stellte der Ausschuss ein umfangreicheres Programm auf die Beine mit Themen wie „Einführung in die Philosophie“ und „Deutsche Geschichte und Volkskunde“, mit Literaturkursen über „Roman und Novelle des 19. Jahrhunderts“ sowie, mit Blick auf Leben und Werk bedeutender Künstlerpersönlichkeiten, Vorträgen zu Friedrich Schiller und Richard Wagner. Und als damals sehr aktueller Beitrag: eine Betrachtung der Gebiete, die Deutschland durch die Niederlage im Ersten Weltkrieg verloren hatte.

In diesem ersten umfassenden Programm vom Spätjahr 1919 hatten Vorlesungen für ein größeres Publikum ebenso ihren Platz wie sogenannte Arbeitsgemeinschaften, *in denen vertiefte Einzelarbeit geleistet werden soll* und die daher einem recht beschränkten Teilnehmerkreis vorbehalten bleiben mussten. Ein in gewissem Sinne schon missionarischer Ehrgeiz, verständlich wohl aus dem Zeitgeist heraus, klingt in der Formulierung an: *Durchgehende Vortragsreihen aus allen Gebieten der Geistesäußerungen*

sollen den Zusammenhang zum Weltbild schaffen. Zu den Vortragenden in diesem Winter gehörte auch ein junger Lehramtsanwärter am Schloss-Gymnasium namens Franz Bläsi, der später, in den Jahren 1945 bis 1963, als Bürgermeister und Oberbürgermeister an der Spitze der Stadt Bruchsal stehen und in diesem Amt auch die Neugründung der Volkshochschule 1947 politisch verwirklichen sollte. Aus Bläsis privatem Besitz stammt das erhaltene geliebene Veranstaltungsplakat mit dem Herbst-/Winterprogramm der Volkshochschule von 1919, das vor wenigen Jahren über seinen Sohn Hubert an das Bruchsal-er Stadtarchiv gelangte.

Die starke Beteiligung von Schulpädagogen brachte es auch mit sich, dass diese frühen Volkshochschulkurse in den Räumlichkeiten der Bruchsal-er Lehranstalten durchgeführt werden konnten: in der Gewerbeschule an der Ecke Stadtgrabenstraße und Luisenstraße, wo Heinrich Schweizer unterrichtete, im Gymnasium am Schloss, in der Oberrealschule – heute Sitz des Schönborn-Gymnasiums – und in der Knabenschule am Friedrichsplatz.

Ein Pädagoge war es außerdem, der den Arbeitsausschuss leitete und diese ersten Volkshochschulprogramme zusammenstellte: Stadtschulrat Albert Grimm, seit Sommer 1911 Rektor an der Bruchsal-er Volksschule, ein offensichtlich innovativer Pädagoge mit der Bereitschaft, auch bislang ungenutzte Wege auszuprobieren. Im April 1912 hatte Grimm erstmals eine Abschlussfeier für die Schulabgänger der Volksschule ausrichten lassen, im Dezember 1913 gefolgt von einem Elternabend mit Ratschlägen zur Berufswahl für die Abgänger des kommenden Frühjahrs; durchweg Neuerungen in der Kleinstadt

In den verschiedenen Bruchsal-er Schulen fanden die ersten Kurse der Volkshochschule in den Jahren nach 1919 statt. Von oben: Gewerbeschule, Oberrealschule, Gymnasium am Schloss und Knabenschule am Friedrichsplatz (Vorlagen und Reproduktionen: Stadtarchiv Bruchsal).



Bruchsal - Großh. Oberrealschule



Bruchsal - Großh. Gymnasium



RUTH BIRKLE

... nochmal ein kleines Bubele oder Mädele sein ...?

Geschichte der Kinderheime in Bruchsal

Die Geschichte der Kinderheime in Bruchsal beginnt im Jahr 1776. Ob es bereits früher eine vergleichbare Einrichtung gab, ist nicht bekannt, allerdings unwahrscheinlich. Waisenhäuser entstanden ab dem Mittelalter in größeren Städten mit entsprechendem Bedarf. In der ländlich geprägten Kleinstadt Bruchsal, die nach der Unterwerfung unter die Bischöfe von Speyer im Hochmittelalter keine eigenverantwortliche kommunale Verwaltung hatte entwickeln können, waren Waisenkinder auf die Familienverbände angewiesen. Wie im 18. Jahrhundert der sogenannte Waisenhausstreit um die Fürsorge für alleinstehende Kinder, sorgte 200 Jahre später die Heimkampagne bundesweit für Furore. In Bruchsal schloss das Kinderheim St. Josef 1969 seine Pforten und die Heimbetreuung wurde neu ausgerichtet. Dank der Berichte ehemaliger Heimkinder wird deutlich, wie notwendig diese Entscheidung war.

Fürsorge und Disziplinierung

Bruchsal wurde im 17. Jahrhundert mehrfach zerstört und entvölkert, zuletzt im pfälzischen Erbfolgekrieg 1689. Bischof Heinrich Hartard von Rollingen bezog nach seinem Regierungsantritt 1711 einen Bau in der Bruchsaler Kaiserstraße, der die Zerstörungen überstanden hatte. Nur mit finanziellen Zugeständnissen konnten damals Menschen dazu gebracht werden, nach Bruchsal zu kommen, um die Stadt wieder aufzubauen und die verödeten Felder zu bewirtschaften. Das änderte sich unter seinem Nachfolger Damian Hugo Philipp von Schönborn-Buchheim (1676–1743). Dieser verlegte 1723 nach Auseinandersetzungen mit der protestantischen, selbstbewussten Bürgerschaft von Speyer seine Residenz nach Bruchsal und ließ 1722 den Grundstein für den Neubau des Schlosses legen. Die Stadt blühte mit dem Schlossneubau auf und wurde attraktiv als Wohn- und Arbeitsort für Handwerker. Die Struktur brachte Wohlstand, blieb damit jedoch weiterhin orientiert an Handwerk und Landwirtschaft. Bis 1798 blieben die EinwohnerInnen von Bruchsal überwiegend Leibeigene.¹ Das Almosengeld für die Ortsarmen belastete die Gemeindekasse.² Um die Betreuung von Waisen und Witwen und die Verwaltung deren Erbes kümmerten sich spezielle Ämter.³ „Unvermögende“ wurden nicht gerne in der Stadt

gesehen. Deshalb wurde der Besitz, der für die Erlangung der Bürgerrechte nötig war, immer wieder erhöht. Armut wurde außerdem immer mehr als selbst verschuldetes Versagen bewertet. Deshalb sollten die Armen, deren Kinder sowie die Waisenkinder ihren Lebensunterhalt selbst verdienen. So wurden Armen-, Arbeits- und Waisenhäuser sowie Zucht- und Arbeitshäuser mit Waisenhäusern eingerichtet und zu einer gemeinsamen Einrichtung zusammengeführt. Hier wurden vor allem Bettel- und Vagantenkinder untergebracht, keine Säuglinge oder Kleinstkinder.⁴ Da die Reglementierung des öffentlichen Bettelns, Ausgangspunkt für die Einrichtung von Verwaltungsstellen und kommunale Unterstützung, auf die vorreformatorische Zeit zurückgehen, sind konfessionelle Unterschiede oft geringer als erwartet. Vor allem sind sie zu finden im Verhältnis zur Arbeit und der Einrichtung von Arbeitshäusern. Diese erhielten durch die Reformation den Impuls zur Institutionalisierung.⁵

Nicht weit von Bruchsal, in Pforzheim in der Markgrafschaft Baden, findet sich ein Beispiel dafür. Dort wurde bereits 1718 ein Armen- und Waisenhaus eröffnet. Der protestantische Markgraf sparte an luxuriöser Prachtentfaltung und bemühte sich um eine bedürfnisorientierte Sozialpolitik, bei der Witwen und Waisen die Hauptzielgruppe waren. Auch hier waren die katastrophalen Verwüstungen zuletzt durch den Pfälzischen Erbfolgekrieg und die dadurch zunehmende *Bettler- und Vagantenplage* der Obrigkeit ein Dorn im Auge und störten Ruhe und Ordnung. Vorbild für die Arbeitserziehung war das Hallenser Waisenhaus.⁶ Eine Broschüre von 1718 erklärte die Sozialpolitik des Markgrafen. Neben elternlosen Kindern sollten solche, *die ihrer kundtbaren Armuth halben, oder wegen übler Haußhaltung oder auch Verbrechen ihrer Eltern als verlassene Waysen zu achten sind*, in Fürsorge genommen werden.⁷ Die Anstalt, die nicht nur als Waisen- und Armenhaus, sondern auch als Kranken-, Alters- und Zuchthaus diene, sollte die Insassen vom Betteln und anderen Lastern abhalten, den Waisenkindern Zucht und Unterricht verschaffen und sie zu nützlichen Gliedern der Gesellschaft erziehen.⁸ Fürsorge und Disziplinierung war das Programm. Die Kinder wurden im Alter von 14 Jahren entlassen, um eine Handwerkslehre oder eine Dienstbotenstelle anzutreten.⁹

In Bruchsal kamen die Gedanken der Aufklärung verspätet an. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts versuchte Schönborns Nachfolger, Franz Christoph von Hutten zum Stolzenberg (1706–1770), in seinem Agrarstaat die Wirtschaftskraft durch Ausbeutung der Mineralschätze sowie durch die Gründung von Manufakturen zu stärken.¹⁰ In einem 1751 zwischen Johannes Maurer aus Prag und dem Hochstift geschlossenen Vertrag zur Errichtung einer Spitzenfabrik wurden wirtschaftliche Zwecke mit erzieherischen Bestrebungen verbunden. Kinder von 9 bis 16 Jahren sollten in zwei Jahren in der Herstellung von Spitzenwaren ausgebildet werden. Für die Arbeit sollten vor allem Mädchen ausgewählt werden, die der öffentlichen Unterstützung zur Last fielen oder deren Eltern in Armut lebten, auch unter Anwendung von Zwang und Züchtigung. Schon 1752 wurde das Unternehmen liquidiert. In der Abrechnung stehen Zahlungen an *arme Lehrkinder ausgeteilt vom November 1751 bis September 1752: 188 fl. [Gulden] 10 Kreuzer*.¹¹

Huttens Nachfolger Damian August Philipp Carl von Limburg-Stirum (1721 – 1797) erbte unter anderem Schulden, die er mit einer *strengen Ökonomie* bekämpfte. Er hielt an einem patrimonialen Bild des Staatswesens fest, verglich seine BürgerInnen mit unartigen Kindern und lieferte sich mit ihnen heftige Auseinandersetzungen. Dazu passt, dass er sich um die Versorgung *würdiger Armer* kümmerte. Er gründete 1776 unter anderem ein Waisenhaus für zwölf Waisenkinder sowie ein Zucht- und Arbeitshaus.¹² Untergebracht wurden diese Einrichtungen in einem Teil der 1750 in der Huttenstraße errichteten Kasernengebäude. Das Militär zog 1776 in die ehemalige Bruchsaler Tabakfabrik um. Die zugigen und feuchten Kasernengebäude in der Huttenstraße waren den Soldaten nicht mehr zuzumuten.¹³

Für die Mehrzahl der damaligen Waisenhäuser konnte eine Arbeitserziehung nachgewiesen werden und die Beschäftigung der Kinder mit Haus- und Gartenarbeiten.¹⁴ Für viele Anstalten ist ein Elementarunterricht belegt, nur wenige aber boten eine vertiefende Schulausbildung. In den meisten war eine christliche Erziehung selbstverständlich.¹⁵

In Bruchsal war 1804 in diesen alten Kasernengebäuden nur noch eine Zuchtanstalt untergebracht.¹⁶

Was war mit dem Waisenhaus geschehen? Die überdurchschnittlich hohe Sterblichkeit in den Einrichtungen hatte ab Mitte des 18. Jahrhunderts zum sogenannten Waisenhausstreit geführt.¹⁷ Hauptstreitpunkte waren die problematische Verbindung von Zucht-, Arbeits- und Waisenhäusern, die Ernährung, die Erziehungsmethoden und Disziplinierungsmaßnahmen, die merkantilistische Beschäftigung der Waisenkinder, die hygienischen Mangelzustände sowie der fehlende wirtschaftliche Nutzen trotz hoher Kosten. Gedanken der Aufklärung brachten kindgerechte Erziehung nach Pestalozzi auf die Tagesordnung, setzten auf die Pflege in einer Familie und wandten sich gegen diejenigen, die nur auf die Kosten schauten oder gar Gewinne machen wollten.¹⁸ Die Vorteile einer Betreuung durch eine Pflegefamilie wurden in der individuellen Versorgung, der besseren Hygiene, der ‚mütterlichen Liebe‘ der Pflegemütter, aber auch der kostengünstigeren Unterbringung und der dezentralen Verteilung des Pflegegeldes über das ganze Herrschaftsgebiet gesehen.¹⁹

In Pforzheim war das Zucht- und Waisenhaus schon bald nach der Eröffnung überfüllt. Um das Jahr 1770 hatte die Belegung ihren Höchstpunkt mit 300 Insassen erreicht und der bereits erwähnte Waisenhausstreit erregte die Gemüter. Es wurde festgestellt, dass die Fürsorge für Säuglinge und Kleinkinder nicht nur besonders umständlich und kostspielig sei, sondern unzureichend wäre und zu erhöhter Sterblichkeit führte. Um diese zu verringern, die Kosten zu senken, die Ausgaben des Waisenhauses auf das ganze Land zu verteilen und vor allem die Erziehung der Kinder zu tauglichen Dienstboten, Tagelöhnern und Handwerksleuten durch familiäre Sozialisation besser zu gewährleisten, wurden die Kinder ab 1773/74 in Familienpflege gegeben. Da die Pflegefamilien für die Aufnahme entlohnt wurden und die Zahl der Bedürftigen ständig wuchs, verursachte diese Maßnahme hohe Kosten.²⁰ Die idealisierte Sicht auf die Familie entsprach dabei oft nicht der Realität. Viele Kinder wurden schlecht versorgt und als billige Arbeitskraft ausgebeutet.²¹ Ob in Bruchsal mit der Heimschließung

auf die Auseinandersetzung reagiert wurde oder die Kosten für die Unterbringung von Kindern zu hoch waren, ist nicht bekannt. Die Schließung der Einrichtung fiel in die aufregende Zeit der Französischen Revolution, für die sich auch in Bruchsal viele Menschen begeisterten.²²

1802 musste der letzte Fürstbischof, Philipp Franz Wilderich von Waldersdorff (1739 – 1810), als Regent abdanken.²³ Mit der Säkularisation war die Residenz als Wirtschaftsfaktor entfallen und die alte Strukturschwäche zeigte sich wieder. Der Schwund an Arbeitsplätzen brachte einen ökonomischen Einbruch. Es mehrten sich die Klagen, zwei Drittel der Bevölkerung lebten in bitterer Armut, den Handwerkern fehlten Aufträge.²⁴ Wieder gab es Beschwerden über die Bettelei. Die Stadt reagierte und eröffnete 1809 eine Armenversorgungsanstalt mit Arbeitshaus in einem großen Arbeitsaal des ehemaligen Gefängnisses in der Huttenstraße.²⁵ Es kann davon ausgegangen werden, dass hier Kinder lebten, beziehungsweise dass es ein Arbeitshaus für Arme und Waisen war.²⁶ 1842 erwarb die Stadt das aufgelöste Kapuzinerkloster in der Huttenstraße und verlegte spätestens zu diesem Zeitpunkt diese Armenversorgungseinrichtung dorthin.²⁷

Neue Hilfsorganisationen

Das 19. Jahrhundert erlebte in der ersten Hälfte Hungersnöte und revolutionäre Aufbrüche, immer begleitet von großen Auswanderungswellen. Die Klöster mit ihren seel- und fürsorglichen Angeboten waren entfallen, der Staat wurde nur langsam aktiv. Ganz im Gegensatz zum seit der Romantik entstandenen Bild der bürgerlichen Familie mussten die meisten Mütter bei der Hausarbeit, in der Landwirtschaft oder in Handwerksbetrieben der Familie hart arbeiten.

Um die Kinder nicht unversorgt zu lassen, wurde im Armenhaus eine städtische Kleinkinderschule eingerichtet. Es ist anzunehmen, dass schon damals die Personalgewinnung nicht einfach war. Auf jeden Fall standen keine Schwestern zur Verfügung, sodass weltliche Kinderlehrerinnen die kleinen Kinder betreuten. Diese Einrichtung wurde 1933 geschlossen.²⁸ In solchen Kinder- oder Kleinkinderschulen wurden Kinder ab etwa zwei Jahren bis zum Eintritt in die Schule tagsüber beaufsichtigt.

Eine zweite Kleinkinderschule eröffnete ein evangelischer Verein 1858 in der Zwerchstraße.²⁹ Dafür kam eine Diakonisse, die im ersten Badischen Mutterhaus für Kinderpflege in Nonnenweier bei Lahr ausgebildet worden war, nach Bruchsal. Sie hatte eine zweijährige Ausbildung zur Kinderpflegerin absolviert. Als Diakonisse trug sie wie die katholischen Ordensschwestern eine Tracht mit Haube. Sie bekam außerdem ein Taschengeld und die Möglichkeit, bei Krankheit oder im Alter im Mutterhaus gepflegt zu werden. Im Unterschied zu den Orden war ihr Gelübde jedoch nicht zwangsläufig bindend, allerdings blieben die meisten ein Leben lang in ihrem Beruf. Eine Diakonisse durfte bis zu 50 Kinder von 2 bis 6 Jahren ganztätig alleine betreuen. Die Kinder saßen wie in der Schule an Tischen, mit einem festen Programm von Beten, Singen, Geschichten anhören, Spielen an den Tischen, Essen, Spielen im Freien und Mittagsschlaf.³⁰ Mit einer strengen

Erziehung, die ihrer Lesart der Bibel entsprach, machten sich die Diakonissen bei vielen Kindern bis in die 1970er Jahre unbeliebt und festigten ihren Ruf als strenge und schlagende Erzieherinnen.

Im 19. Jahrhundert entstanden auch im katholischen Bereich weitere religiöse Hilfsorganisationen. Die Orden widmeten sich jedoch zuerst der Alten-, Armen- und Krankenpflege. Dazu gehörte die „Congregation der Schwestern vom göttlichen Erlöser“, die 1849 von Elisabeth Eppinger im elsässischen Niederbronn gegründet wurde. Ihre Aufgaben sah die Gründerin in der *Pflege der armen Kranken und zur Betreuung anderer Armer*.³¹ Die Schwestern, auch Niederbronner oder Bühler Schwestern genannt, übernahmen in zahlreichen Städten die Krankenpflege, ambulant und stationär, außerdem später Kindergärten und Waisenhäuser.³² 1859 kamen zwei Niederbronner Schwestern zur ambulanten Kranken- und Altenpflege nach Bruchsal.³³ Ab Dezember 1868 übernahmen sie im Armenhaus die stationäre Pflege alter und kranker Menschen. Sehr wahrscheinlich betreuten sie hier schon Waisenkinder, jedoch sicher keine Säuglinge. Im Kaiserreich entstanden weitere Gesetze zur Regelung der Unterbringung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen in Heimen, zum Beispiel 1878 das „Zwangserziehungsgesetz“, 1900 „Fürsorgeerziehungsgesetz“ genannt.³⁴ Hierbei wurden Elternrechte beschränkt, die Strafmündigkeit auf zwölf Jahre festgesetzt und der Staat berechtigt, Kinder in eine Erziehungsanstalt oder Pflegefamilie zu geben. Damit war der Staat in ein neues Pflichtverhältnis in Sachen Fürsorge eingetreten und in der Pflicht der Unterbringung. Allerdings griff er dafür weiterhin meistens auf konfessionelle Einrichtungen zurück.³⁵ Wie schon in absolutistischer Zeit war der Erziehungsstil autoritär und Gewalt selbstverständlich.

Versorgungsheim für Alte und Waisen

1880 brach die Stadt Bruchsal das ehemalige Kapuzinerkloster ab und errichtete auf dessen Grundmauern das städtische Versorgungsheim.³⁶ Es bot Platz für 104 PfründnerInnen und 75 Waisenkinder. Diesem Versorgungsheim angeschlossen war ein landwirtschaftlicher Betrieb mit Viehhaltung.³⁷

Eine große Veränderung erfuhr Ende des 19. Jahrhunderts der Umgang mit Säuglingen. Hier setzte sich die Erkenntnis durch, dass die hohe Säuglingssterblichkeit durch Hygiene, Stillen und gesunde Ernährung reduziert werden konnte. 1894 wurde in einem Nebengebäude des Versorgungsheims eine Kinderkrippe eröffnet.³⁸ Die bereits erwähnte städtische Kinderschule wurde zusammen mit dem Waisenhaus ebenfalls in dem Nebengebäude untergebracht.³⁹ Die Quellen sind mager. Der Begriff Kinderkrippe wurde in der Regel für Heime für Säuglinge und kleine Kinder verwendet. Doch sehr wahrscheinlich ist, dass es sich bei dieser Krippe um ein Waisenhaus für Kinder ab dem Kleinkindalter und eine Tagesbetreuungsstätte für Kleinkinder von 2 bis 6 Jahren handelte. Dabei galt für die Aufnahme in diese Einrichtungen, dass die Kinder keine Windeln mehr brauchten. Offiziell wurde in Dresden 1898 das erste Säuglingsheim in Deutschland eröffnet.⁴⁰

Dabei zeigte sich aber, dass die physisch überlebenden Kinder kognitiv und emotional weit hinter in Familien aufwachsenden Gleichaltrigen zurückblieben. Anfang des 20. Jahrhunderts beschäftigte sich der österreichische Kinderarzt Meinhard von Pfaundler mit den Entwicklungsstörungen bei Säuglingen und Kindern in Heimen und brachte sie mit unpersönlicher Betreuung und mangelhafter Zuwendung in Zusammenhang. Für dieses Phänomen prägte er 1915 den Begriff „Hospitalismus“. Seine Forschung fand aber kaum Beachtung. Die Entwicklungsstörungen wurden meistens dem schlechten Erbgut der Eltern oder der niederen Herkunft der Kinder angelastet.⁴¹

Kinderbetreuung im Ersten Weltkrieg

In Bruchsal erfolgte der Einstieg in die Säuglingsbetreuung auf jeden Fall während des Ersten Weltkriegs, der große Änderungen in den Lebensverhältnissen der Menschen brachte. Schon 1915 gab es wirtschaftliche Einschränkungen und die Versorgungslage verschlechterte sich drastisch. Mehl- und Getreidevorräte wurden rationiert und die Bevölkerung zu Sparsamkeit aufgerufen.⁴² Es folgte eine starke Teuerung und für viele Lebensmittel, aber auch andere Güter, wurden Lebensmittelkarten eingeführt.⁴³ Bereits ab 1915 ersetzten die ersten *Schaffnerinnen in der Tracht der Männer* die einberufenen Beamten und *Briefträgerinnen trugen die Postsachen aus*.⁴⁴ Immer mehr Mütter kleiner Kinder sahen sich schon im zweiten Kriegsjahr gezwungen, einen Verdienst außerhalb der eigenen Hauswirtschaft zu suchen.⁴⁵

Besonders betroffen von der schlechten Ernährungslage waren die heranwachsenden Kinder. Deshalb richtete die Stadt, unterstützt von den verschiedenen Frauenvereinen, schon ab 1915 Kriegsküchen ein.⁴⁶ Stillende Mütter sowie Kleinkinder erhielten erhöhte Lebensmittelmengen, ältere Kinder besondere Zulagen. Doch diese Maßnahmen zum Jugendschutz reichten nicht aus. Zusammen mit der Stadtverwaltung rief deshalb der katholische Stadtpfarrer Joseph Kunz im Frühjahr 1915 eine Kriegskinderkrippe ins Leben für Kinder im Alter von wenigen Monaten bis zu zehn Jahren.⁴⁷ In der Krippe wurden die Kinder rund um die Uhr betreut. Das Alter „von wenigen Monaten“ bedeutet, dass die Kinder abgestillt sein mussten. Daneben wurde ein Hort eingerichtet, in dem Kinder tagsüber versorgt wurden. Unter der Vorsteherin, Marie Rüttinger, übernahmen gegen eine Vergütung *besonders ausgebildete Kräfte* vom Vinzentiusverein die Kinderbetreuung.⁴⁸ Die Einrichtung startete mit neun Kindern in einer Wohnung im ehemaligen Schützschens Haus neben dem Rathaus. Doch bald kamen weitere Kinder dazu und die Wohnung reichte nicht mehr aus. Deshalb wurde eine Etage des Bachmannsche Hauses in der Kaiserstraße 16 bezogen. Die Zahl der Kinder wuchs auf 120, weshalb schon bald das ganze Haus gemietet werden musste. 1918 gründete sich auf Anregung des Pfarrers Kunz ein „Sozialer Verein für Mutter und Kind“, der eine sichere Grundlage für die Kriegskinderkrippe schaffen sollte und der das bisher gemietete Haus in der Kaiserstraße 16 für 63.000 Mark als Eigentum erwarb.⁴⁹ *Welche Fülle*

von opfervoller, nicht messbare Arbeit Tag und Nacht, Stunde für Stunde von dem Leiter, der Vorsteherin und den Pflegerinnen in dieser Kinderstätte geleistet wurde, vermag nur zu ermessen, wer selbst längere Zeit inmitten dieser gewaltigen Kinderschar weilte und Zeuge war der zahllosen Anforderungen, welche die Pflege der schreienden Säuglinge, die Führung der die ersten Schritttchen wagenden Erdenwanderer, die Erziehung und Beschäftigung der fortgeschrittenen Kinder an die Kraft, Geduld und Menschenliebe des gesamten Personals stellten, berichtete Münch.⁵⁰ Vom April 1915 bis April 1919 besuchten insgesamt 491 Kinder die Einrichtung. Finanziert wurde sie durch Pflegegelder der Familien, durch Spenden und durch die Zuschüsse der Stadt, die vor allem die Kosten der Miete, Heizung und Beleuchtung übernahm. Im Versorgungsheim in der Huttenstraße wurde außerdem ab 1916 eine Mütterberatungsstunde eingerichtet, um die Säuglingssterblichkeit zu bekämpfen. Bis 1920 berieten dort Ärzte einmal wöchentlich Mütter in Ernährungsfragen.⁵¹

Zusätzlich gründete der Frauenbund 1916 in der Bergstraße 1 eine „Heimstätte für Kriegerkinder“ mit Platz für 22 ältere Kinder unter der Leitung von Fräulein Fr. Heuberger. Das Hauswesen und die Überwachung der Kinder wurden von Fräulein M. Mayer übernommen, unterstützt durch zwei Hilfskräfte. Auch hier kam die Stadtverwaltung für das Pflegegeld von 1,10 Mark pro Tag und Kind auf und stellte Wasser, Licht und Heizung zur Verfügung. Dazu kamen Spenden. Insgesamt wurden dort 50 Kinder im Alter von 13 bis 15 Jahren, ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses, in Pflege genommen, der jeweilige Stand betrug 18 bis 20 Kinder. Sechs Kinder blieben von Anfang bis Schluss, also etwa drei Jahre, die anderen zwei Jahre oder kürzere Zeit, wie es die häuslichen Verhältnisse erforderten. *Das im Anfang nicht leichte Werk der Erziehung fand stets liebevolle Hilfe durch den katholischen Stadtpfarrer R. Stöckle. Die Kinder fühlten sich gesund, glücklich und wohl geborgen im Sonnenschein viel edler Menschenliebe und danken alles durch ihr fröhliches Gedeihen an Leib und Seele*, schrieb Münch.⁵²

Am 1. April 1919 wurde die Einrichtung geschlossen. Viele der Kinder kehrten in ihre Familien zurück. Diejenigen, die nicht zu ihrer Familie zurückkehren konnten, kamen in das städtische Versorgungsheim, das während des Krieges kranke *Kriegerfrauen* aufgenommen hatte sowie *Kriegerkinder, die für die Heimstätte ungeeignet waren*.⁵³ Die Gründe dafür erfahren wir nicht.⁵⁴ Möglich ist, dass es sich um Waisenkinder handelte, die sowieso im Heim untergebracht wurden. Betreut wurden sie dort durch Hauptlehrer Hans Holzscheiter, der einen Gemüsegarten mit ihnen anlegte.⁵⁵ Waisenkinder wurden auch eingesetzt zu Spendensammlungen. Außerdem mussten sie in der Landwirtschaft und beim Sammeln von „Liebesgaben“ wie Wolle, Papier, Brennnesseln, Bucheckern und Obstkernen helfen wie andere Schulkinder.⁵⁶ Ebenso wie alle Kinder litten sie unter Hunger und Kälte und mussten erleben, dass ab 1917 die Schulen im Winter wegen Kohlen- und Petroleummangels geschlossen wurden. Das hinterließ Spuren bei der Jugend und Münch berichtete: *In dem Maße, in dem die Ernährungsmöglichkeit abnahm, wuchs bei den in den Jahren vollen Wachsens stehenden Knaben und Mädchen ein Gefühl der Mattigkeit, Schläfrigkeit und Gleich-*



Kinder der Kriegskinderkrippe, 1916. – Unter der Leitung von Hauptlehrer Holzscheiter wurde auch ein Versorgungsgarten angelegt (Münch (wie Anm. 42), S. 178f).

gültigkeit. Die Kinder waren, dies zeigte sich besonders im letzten Kriegsjahr, geistig nicht mehr so aufnahmefähig, vergaßen rasch und folgten zum Teil teilnahmslos dem Unterricht. Bedenklicher war der sittliche Rückgang bei vielen. Es mehrten sich die Klagen über die Jugend. Leichtsinn, Rauflust und rohes Spiel, freches Benehmen auf der Straße gegen Kameraden und Erwachsene, Belästigungen, Naschhaftigkeit, Kaufen von unnützen Dingen, Zigarettenrauchen, Diebstähle, Verrohung, ungerechtfertigte Schulversäumnisse nahmen bei einem großen Teil der Schüler zu. Es fehlte das Vaterauge und mehr noch die Vaterhand.⁵⁷ Nach dem Krieg sei das Benehmen noch schlimmer geworden, beklagte Münch, alles würde geklaut, was nicht mit Ketten an den Himmel geschmiedet war, sogar heilige Gefäße in der Kirche⁵⁸ und die Gefängnisse füllten sich besonders mit jugendlichen Übeltätern.⁵⁹

Die Betreuungseinrichtungen für die *Kriegerkinder* wurden auf jeden Fall 1919 geschlossen. Die Kinderkrippe, die bereits ab 1894 in einem Nebengebäude des Versorgungsheims untergebracht war, wurde kurzfristig vom Versorgungsheim getrennt und von ausgebildeten „Säuglingsschwestern des Provinzhauses St. Trudpert“ übernommen.⁶⁰ Das weist noch einmal darauf hin, dass dort inzwischen Säuglinge untergebracht waren. Es könnte sein, dass auch dieses Heim, wie viele dieser Einrichtungen, mit einer hohen Säuglingssterblichkeit zu kämpfen hatte, weil das nötige Wissen fehlte und deshalb ausgebildete Säuglingsschwestern geholt wurden.

Jugendheim mit Krippe

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde wieder, wie in vielen Städten, ein Kinderheim gebaut. Hier wurden auch Säuglinge untergebracht, selbst wenn schon damals, wie erwähnt, Ärzte vor den psychischen und physischen Schäden warnten, die die Kinder durch die „Massenpflege“ in den Heimen erlitten. Doch wahrscheinlich dank der medizinischen Erfolge bei der Überwindung der Säuglings- und Kindersterblichkeit von Anstaltskindern setzte sich die Heimerziehung gegenüber der Betreuung in Pflegefamilien durch.⁶¹ Wie fast überall sank die Säuglingssterblichkeit in den 1920er Jahren in Bruchsal ebenfalls. Hier ging sie von 13 Prozent im Jahr 1923 auf 8,6 Prozent im Jahr 1925 zurück.⁶²

Bruchsal richtete 1921 ein Jugendheim für Säuglinge, Kleinkinder, Schulkinder und Lehrlinge im ehemaligen Salinengebäude in der Durlacher Straße ein. Gefördert wurde das Heim von dem Bruchsaler Kaufmann John Bopp, der 1876 in die USA ausgewandert war.⁶³ Die bis dahin in der Durlacher Straße untergebrachte Erziehungsanstalt für Knaben, das St. Augustinusheim, zog nach Ettlingen um. Oberin Schwester Athalena siedelte mit vier Schwestern in das neue Jugendheim über. Dort waren ab dem 1. Januar 1922 acht Schwestern für die Betreuung der Kinder und Jugendlichen zuständig. Feierlich eröffnet wurde das Heim im Dezember 1922.⁶⁴

Auch dieses Heim hatte einen Gemüsegarten. Jugendheim und Versorgungsheim wurden von Lehrer Holzscheiter, der bereits erwähnt wurde, verwaltet. 1926 meldete der Jahresbericht, im Heim für Waisen und Halbwaisen, also im Jugendheim, seien 36 Kleinkinder sowie Säuglinge,

ROLF SCHMITT

Ich glaube nicht, dass ihr in Deutschland zu solch einer Geste fähig seid

Nach acht Jahre währenden Diskussionen wurden in Bruchsal erstmals Stolpersteine verlegt

Mittlerweile gehören die jährlichen Stolpersteinverlegungen zum Jahreslauf unserer Stadt. Dass es einiger Anstrengungen bedurfte, bis die erste Stolpersteinverlegung in Bruchsal stattfinden konnte, wird mittlerweile trotz aller Freude über diesen jährlichen Höhepunkt in unserem Stadtgeschehen leider oft vergessen.

Der Beginn. Die Diskussionen zwischen 2007 und 2012

Die Verlegung von Stolpersteinen war in Bruchsal bereits Mitte des Jahres 2007 im Gespräch, wie aus einer E-Mail-Notiz städtischer Mitarbeiter hervor geht. Das Thema wurde jedoch nicht weiter verfolgt und ist in der täglichen Arbeitsroutine der Stadtverwaltung untergegangen. Im April 2010 kam das Thema Stolpersteine wieder auf den Tisch. Im Bruchsaler Amtsblatt hatte die Oberbürgermeisterin aufgerufen: *Wie soll zukünftiges Erinnern aussehen? Bitte formulieren Sie Ihre Ideen für uns.*¹ Die Bruchsaler Onlinezeitung „bruchsal.org“ veröffentlichte daraufhin Vorschläge zur Erinnerungskultur in Bruchsal. Einer der Vorschläge war das Verlegen von Stolpersteinen. Eine Reaktion von öffentlicher Stelle hierzu gab es jedoch nie.

Erst zum Jahreswechsel 2010/2011 soll von Seiten der SPD-Gemeinderatsfraktion anlässlich einer Gemeinderatssitzung ein Vorschlag zur Verlegung von Stolpersteinen eingebracht worden sein. So hätte auch für den SPD-Funktionär Josef Heid,² dessen Heimatstadt Villingen 1933 ihm gegenüber einen Stadtverweis aussprach und der daraufhin nach Bruchsal verzog, ein Stolperstein verlegt werden können. Über den Vorschlag der SPD-Gemeinderatsfraktion wurde jedoch nicht entschieden.

Fahrt nahm das Thema Stolpersteine im November 2012 auf, wobei der Impuls dieses Mal von außen kam. Ein Bürger der Stadt Osnabrück namens Benno Aulkemeyer schrieb an die Stadtverwaltung, er würde gerne in Bruchsal für Freunde aus Israel Stolpersteine verlegen lassen. Dieser Wunsch wurde ihm von der Stadtverwaltung jedoch abschlägig beschieden: *Am Anfang eines solchen Projektes muss aus unserer Sicht das Ziel ste-*

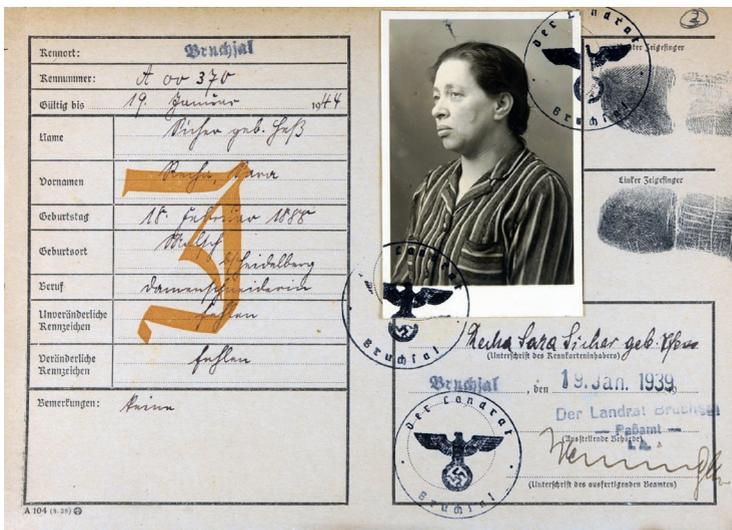
hen, dass die Erinnerung an alle Opfer des Nationalsozialismus – dies sind in Bruchsal und den Stadtteilen rund 100 Personen – wach gehalten wird. Das setzt im Voraus eine klare Konzeption und wenn irgend möglich Gesamtfinanzierung voraus, die wir zumindest in diesem Jahre [2012] angesichts unserer sehr schwierigen Haushaltslage nicht haben leisten können.³ Später wurde diese Aussage dahingehend präzisiert, dass es vorab nicht nur um die Finanzierung gehe, sondern auch darum welche Form des Gedenkens generell gewählt werden soll: Zum einen besitzt Bruchsal bereits eine Reihe von Gedenkstätten, zum andern stehen auch deutliche Rufe nach einem übergeordneten Mahnmal im Raum, d[as] h[ei]ss[en] nicht dezentral wie die Stolpersteine, sondern bewusst zentral. [...] Beides parallel planen und über die Spenden der Bürgerschaft finanzieren zu wollen, ist verständlicherweise weder möglich noch sinnvoll. Ebenso wäre der Beginn einer Aktion auf rein privater Basis schwierig, zu der sich eine Stadt dann womöglich gar nicht vollumfänglich bekennen und (auch materiell) fördernd mitwirken kann, weil sie unter Umständen zeitgleich ein anderes Mahnmal plant und zu finanzieren versucht – und dann sozusagen eine fatale „Konkurrenzsituation“ bei der Finanzierung von Gedenkstätten entsteht.⁴

Somit war das Thema Stolpersteine für die Stadtverwaltung zunächst erledigt, trotz des großen Zuspruchs, den die Initiative von Herrn Aulkemeyer bei Historikern, Rabbinern oder jüdischen Einrichtungen fand, wie die beiden folgenden Beispiele belegen. Durch die Arbeitsgemeinschaft für die Erforschung der Geschichte der Juden im süddeutschen und angrenzenden Raum, die im Internet die Seite *alemannia judaica* betreibt,⁵ kam Ermutigung durch deren Vorsitzenden, dem evangelischen Pfarrer Dr. Joachim Hahn: Es wäre sehr schön, wenn es auch in Bruchsal zu Stolpersteinverlegungen kommen würde. [...] Hoffentlich wird nicht von den Gegnern Frau Knobloch zitiert, deren Position nicht vom jetzigen Präsidium des Zentralrates der Juden in Deutschland geteilt wird.⁶ Frau Knobloch hatte sich in der „Süddeutschen Zeitung“ mit den Worten geäußert: Ich werde nicht

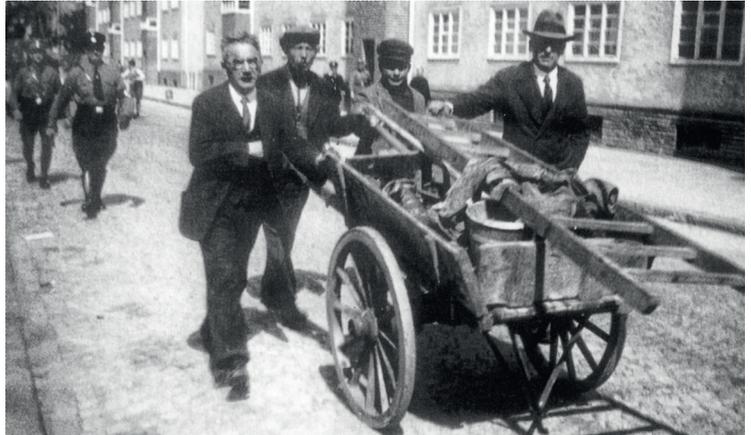
darum betteln, dass man den Anstand und die Besinnung haben möge, vertriebenen, gequälten und ermordeten Menschen nicht in einem profilneurotischen künstlerischen Show Act ein vermeintliches Andenken im Dreck zu schaffen.⁷

Auch der Generalsekretär Stephan J. Kramer des Zentralrats der Juden meldete sich und unterstützte Herrn Aulkemeyer. Er habe die Erfahrung gemacht, dass die Aktion zu einer vertiefenden Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus führt und Geschichte so für

Kennkarte für Recha Sicher. Kennkarten (Ausweise) für Juden waren zusätzlich mit einem großen Buchstaben J für Jude versehen (Foto: privat).



die Menschen erfahrbar und nachvollziehbar wird. [...] Oftmals ergeben sich durch die Stolpersteinverlegungen Begegnungen zwischen Verwandten von Ermordeten und engagierten Bürgern, die damit gemeinsam Brücken bauen können für ein Erinnern. [...] Ich befürworte die Aktion von Herrn Demnig daher als einen wichtigen Beitrag gegen das Vergessen.⁸



Benno Aulkemeyer war konsterniert und ratlos über die doch eher harsche Ablehnung der Bruchsaler Stadtverwaltung, ging es doch zu diesem Zeitpunkt nur um drei Stolpersteine, die er auch privat bezahlen wollte. Es ging um dreimal 120 Euro, insgesamt also lediglich 360 Euro. Alleine schon die Personal- und Verwaltungskosten für die Bearbeitung beziehungsweise Nichtbearbeitung seines Antrages waren höher. Auch bei dem ausführenden Künstler Gunter Demnig,⁹ mit dem Herr Aulkemeyer im Austausch stand, traf die abwehrende Haltung in Bruchsal auf Unverständnis, wurde er doch in den meisten anderen Städten mit offenen Armen empfangen oder sogar ausdrücklich angefragt.

Fritz Sicher, links beim Leiterwagen. Die Aufnahme entstand 1933 wahrscheinlich in der Bismarckstraße. Die Nationalsozialisten hatten Fritz Sicher verprügelt und ihn und andere jüdische Bürger gezwungen, Wahlplakate von Zäunen und Häuserwänden zu entfernen (Foto: Stadtarchiv Bruchsal).

Benno Aulkemeyer gibt nicht auf

Trotz der sich abzeichnenden Aussichtslosigkeit schrieb Aulkemeyer im Mai 2013 an die Bruchsaler Friedensinitiative, schilderte seine Erfahrungen mit der Bruchsaler Verwaltung und sein Unverständnis: *Mein Problem ist, dass ich niemanden in Bruchsal kenne und keine Verbindung zum O[ber] B[ürgermeister] oder zum Gemeinderat habe. Als Ortsfremder hat man, so glaube ich zumindest, keine Chance.* Er schrieb weiter: *Ich wollte [dem Enkel Efraim Sicher] eine Überraschung mit dieser Verlegung machen, tue dies aber nicht, weil ich mich schäme und ich nicht weiß, wie ich erklären soll, dass es so schwer ist, diese Stolpersteine in Bruchsal verlegen zu lassen.*¹⁰

Die Friedensinitiative wurde aktiv und leitete die E-Mail von Herrn Aulkemeyer an engagierte Bruchsaler Bürgerinnen und Bürger weiter. Das Thema war in der Mehrheitsgesellschaft angekommen, blieb jedoch bei Bruchsaler Stadträtinnen und Stadträten nicht ohne Widerspruch. Herr Aulkemeyer schrieb diese direkt an und warb für das Stolpersteinprojekt. Ein Gemeinderatsmitglied antwortete ihm: *Warum wollen Sie denn so verbiestert ausgerechnet in Bruchsal tätig werden?! Oder erhalten Sie Vermittlungsprovision (Herr Demin lässt grüßen?)!?!.*¹¹ Benno Aulkemeyer betonte in seiner Antwort nochmals seine Freundschaft zur Familie Sicher und schloss seine E-Mail mit dem Satz: *Ich würde mich freuen, wenn Sie die Hand, die ich Ihnen entgegen strecke, nehmen würden.*¹²



Eintrag von Emmy Sicher im Poesiealbum von Bertha (Bea) Lefkowitz, der Tochter von Minna und Hermann Lefkowitz, Synagogendiener in Bruchsal. Der Text lautet: *Lebe glücklich / lebe froh / wie der Spatz im Haferstroh. / Denke gern an Deine / Freundin / Emmy Sicher / Bruchsal, den 27. Januar 1937* (Foto: Rolf Schmitt).

Deportation nach Gurs. Von links nach rechts Fritz Sicher, Jakob Ellenbogen (?), Recha Sicher, Sophie Ellenbogen (?), Adelheid Heß. Im Hintergrund der Bürgerhof, in deren Festsaal die jüdischen Bruchsalerinnen und Bruchsaler vor dem Abtransport nach Gurs untergebracht wurden (Foto: Stadtarchiv Bruchsal).



Am 30. August 2013 erschien im Bruchsaler „Kurier“ ein längeres Interview mit Benno Aulkemeyer. Dort erklärt er seine Beweggründe, Stolpersteine für die Bruchsaler Familie Sicher zu verlegen. Für Fritz und Recha Sicher und deren Sohn Ernst und mittlerweile auch für Tochter Emmy und Rechas Schwester Adelheid Heß.¹³ Er erläutert, dass der in London geborene und heute in Jerusalem lebende Sohn von Ernst

Sicher, Professor Efraim Sicher, ein Freund und Kollege seiner Frau sei. Auf dessen Wunsch hin seien sie nach einer wissenschaftlichen Konferenz in Heidelberg gemeinsam nach Bruchsal gefahren, hätten dort den Platz der ehemaligen Synagoge mit dem Feuerwehrhaus besucht und das Haus, in dem die Familie Sicher 1940 wohnte.¹⁴ Dies nahm Efraim Sicher auf sich, so Herr Aulkemeyer, obwohl dieser nie in seinem Leben deutschen Boden betreten wollte. Vor dem Haus machte Benno Aulkemeyer ein Foto mit Efraim, der den jüngsten Sohn der Aulkemeyer-Familie in seinen Armen hält. In diesem Moment wusste er, dass er Pate für Stolpersteine werden will. Für Stolpersteine, wie sie sie in Heidelberg kurz zuvor gesehen hatten.¹⁵

Tatsächlich sollte das Thema nun im Gemeinderat diskutiert werden. Dazu erhielt der „Kurier“ diese Auskunft von der Stadtverwaltung: *Die Idee der Stolpersteine gehört mit zu jenen möglichen Formen des Gedenkens an das NS-Unrecht, die derzeit seitens des Hauptamtes zu einer Vorlage für den Gemeinderat zusammengefasst werden. Eine andere Form wäre [...] anstatt oder zusätzlich zu dezentralen Stolpersteinen die Schaffung eines zentralen Mahnmals auf einem öffentlichen Platz. Der Gemeinderat soll sich im Herbst 2013 auf dieser Grundlage mit der Thematik befassen und eine Entscheidung darüber treffen, wie künftig in Bruchsal des NS-Unrechts gedacht wird.*¹⁶

Doch weder im Herbst noch im Winter 2013 wurde das Thema Stolpersteine im Gemeinderat behandelt. Enttäuscht wandte sich Benno Aulkemeyer im Dezember 2013 in einem offenen Brief direkt an die Oberbürgermeisterin. Unter anderem schrieb er, es käme der Verdacht auf, das Thema wür-

de an untergeordneter Stelle als unangenehm empfunden und man sich daher bewusst nicht damit beschäftigen wolle. Oder anders: Die Stolpersteine sollen ausgesessen werden. Und dies, obwohl bereits einige Mitglieder Ihres Gemeinderates, quer durch die Fraktionen, sich durchaus positiv [...] geäußert haben, darunter beispielsweise die Herren Holoch, Glastetter und Brüstle von der CDU-Fraktion oder Herr Dr. Dr. Kunstmann von den Grünen.¹⁷ Er schrieb, er habe aufgrund des Artikels im „Kurier“ einige Anfragen von Bruchsaler Bürgern bekommen, die Stolpersteine für ihnen nahestehende Bruchsaler Mitbürger, nicht nur Juden, auch Sozialdemokraten oder Opfer des sogenannten *Euthanasieprogramms* verlegen möchten. Benno Aulkemeyer beschloss seinen offenen Brief mit einem Zitat aus dem Talmud: *Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist* und er bitte die Oberbürgermeisterin *inständig* [...] gerade für unseren Freund Efraim Sicher und dessen großer Familie in Israel sich mit diesem Thema zu beschäftigen und es auf die Tagesordnung des Bruchsaler Gemeinderates zu setzen.¹⁸



Aufgenommen 1941 in Gurs. Emmy Sicher, Recha Sicher und Adelheid Heß (Foto: Efraim Sicher).

Weitere Diskussionen

Im Februar 2014 wurde in der Stadtverwaltung über die Idee nachgedacht, Stolpersteine *am Stück* beim Feuerwehrhaus, dem früheren Standort der Synagoge, zu verlegen, also auf das Gedenken an die Bruchsaler Jüdinnen und Juden an deren ehemaligen Wohnungen zu verzichten. Die Problematik dieser Idee ergibt sich alleine schon daraus, dass Feuerwehrautos – und sei es nur versehentlich – an diesem so geschichtsträchtigen Ort über die Stolpersteine derer fahren würden, deren Gotteshaus niedergebrannt wurde, ohne dass die Feuerwehr eingriff – eine weitere deutschlandweit einmalige Situation, wie auch der Bau eines Feuerwehrhauses auf den Resten der zerstörten Synagoge. In Bruchsal wurde auf dem jüdischen Gotteshaus, das 1938 niedergebrannt wurde, nicht nur 1953 ein Feuerwehrhaus gebaut, jetzt sollen dort zu allem Überfluss Stolpersteine verlegt werden, über die Feuerwehrautos fahren? Erinnert sei an Frau Knobloch, die Stolpersteine für ein unwürdiges Gedenken erachtet, weil die Namen jüdischer Opfer mit Füßen getreten würden. In Bruchsal sollen Feuerwehrautos über die Namen jüdischer Opfer fahren. Die Idee mit einer Ansammlung von Stolpersteinen vor der Feuerwache wirkte ein wenig wie der zwanghafte Versuch, ein *übergeordnetes Denkmal* zu realisieren. Diese Idee wurde glücklicherweise bald wieder verworfen.¹⁹

Am 18. März 2014 war es dann tatsächlich soweit. Als vierter Punkt stand auf der Agenda der Gemeinderatssitzung *Schaffung einer Erinnerungsstätte an die Opfer des Nationalsozialismus*. Vorgeschlagen wurde, die Verwaltung zu beauftragen, ein Konzept zur Sanierung der Tahara-Halle auf dem jüdischen Teil des Bruchsaler Friedhofs auszuarbeiten (mit eventuellem Ausbau zu einer Gedenkstätte) sowie das Mittragen der privaten Initiativen zur Verlegung von „Stolpersteinen“ im öffentlichen Verkehrsraum und damit einer dezentralen Gedenkstätte.²⁰ Fachbereichsleiter Wolfgang Müller sah in seinem Vortrag die Unterbringung einer Gedenkstätte in der Tahara-Halle als Möglichkeit und bot an, private Initiativen zur Verlegung von Stolpersteinen zu unterstützen.

Die CDU stimmte einhellig für das Erwecken des Taharahauses aus seinem *Dornröschenschlaf* und für die Verlegung von Stolpersteinen. Vermisst werde in Bruchsal eine explizite, namentliche Nennung der Opfer. Die SPD-Fraktion betonte, wie wichtig es wäre, die Stolpersteinaktion in die Schularbeit einzubinden und gab ein einstimmiges Votum für Stolpersteine. Die Freien Wähler stimmten ebenfalls zu, zeigten sich aber skeptisch hinsichtlich einer zentralen Gedenkstätte. Die FDP verwies auf die moderaten Kosten für private Spender in Höhe von 120 Euro und stimmte der Vorlage ebenfalls zu. Aus der Fraktion der GRÜNEN/Neue Köpfe kam noch der Hinweis, dass die Fraktion eine zentrale Gedenkstätte am Ort der früheren Synagoge (heute Alte Feuerwache) befürworte. Mit 26 zu einer Stimme bei zwei Enthaltungen wurde der Verlegung von Stolpersteinen zugestimmt. Der Auftrag für die Ausarbeitung eines Konzeptes zur Sanierung der Tahara-Halle wurde von allen 29 anwesenden Stimmberechtigten der Stadtverwaltung erteilt.

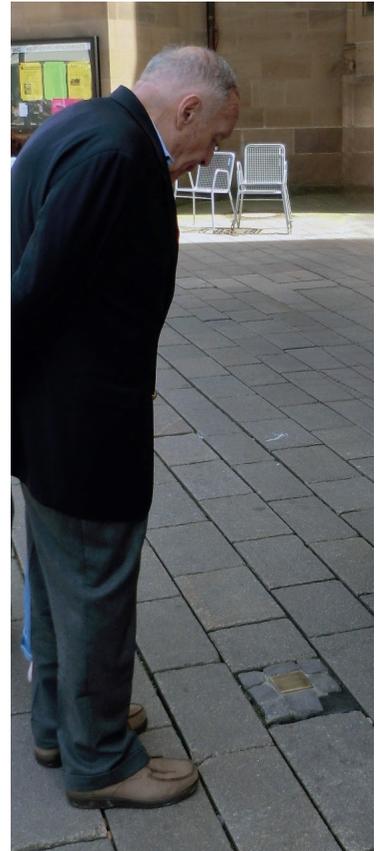
Sollte jetzt alles in trockenen Tüchern sein, durfte man endlich aufatmen, würden 2014 erstmals in Bruchsal Stolpersteine verlegt werden können? Benno Aulkemeyer schrieb, er habe immer noch ein flaes Gefühl, wenn er an die in Israel lebenden Nachfahren der Familie Sicher denke, die jetzt schon über zwei Jahre das Gezerre um Stolpersteine in Bruchsal mitbekommen: *Dieses Gefühl ist wieder präsent und das ist unangenehm.*²¹

Bei einem Telefonat im Jahr 2014 mit Yehudith, einer Verwandten der Bruchsaler Familie Dreifuß, der die frohe Kunde der Stolpersteinverlegung überbracht werden sollte, kamen bei den Anrufenden ähnliche Gefühle hoch. Die damals 94 Jahre alte gebürtige Rastatterin, die nach Israel geflohen war, um ihrer Ermordung zu entgehen, freute sich davon zu hören, dass in Bruchsal, an das sie sich noch gut erinnere, Stolpersteine zum Andenken an ihre Verwandten verlegt werden dürften. Allerdings, so beendete sie das Telefonat, glaube sie nicht, dass *ihr in Deutschland* zu solch einer Geste ihren ermordeten Familienmitgliedern gegenüber *fähig seid*.²² Ein wenig erinnerte dieses unglückliche Lavieren in Bruchsal auch an die Diskussionen um die Benennung eines Platzes nach dem jüdischen Bruchsaler Heimatdichter Otto Oppenheimer. Mittlerweile ist jedoch der Otto-Oppenheimer-Platz mit dem Otto-Oppenheimer-Denkmal *Narrenschiff* eine nicht mehr wegzudenkende Sehenswürdigkeit und Touristenattraktion in der Innenstadt.

Im Mai 2014 traf sich eine Koordinationsgruppe, die mit dem ausführenden Künstler Gunter Demnig eine Verlegung für Anfang November 2014 vereinbarte. Dieser Termin wurde jedoch von der Stadt abgesagt, da am

anvisierten Tag eine Klausursitzung des Gemeinderates geplant war. Als unverbindlicher Termin wurde von der Stadtverwaltung Ende 2015 in Aussicht gestellt, doch die Verwaltung besann sich anders. Nach Beschwerden setzte sie sich Anfang November mit Gunter Demnig in Verbindung und bestätigte als Verlegetermin April 2015.

Sieben Tage vor der ersten Stolpersteinverlegung erschien bei der Bruchsaler Online-Zeitung „bruchsal.org“ ein Beitrag, der eine Pressemitteilung der Stadt Bruchsal eher kritisch betrachtete. Danach, so der Autor, überkomme Eingeweihte trotz des wahrhaftig freudigen Anlasses der ersten Stolpersteinverlegung ein gewisses Unbehagen. Es tue weh in der Pressemitteilung zu lesen, wer als alleinige Initiatoren genannt werden: Gemeinderat, Bürgerstiftung und Friedensinitiative. *Nicht nur angesichts der Widerstände, die teilweise gerade auch in den dortigen Reihen zu überwinden waren, wäre es zumindest anständig gewesen, zuallererst EINEN Namen zu nennen, lange ehe Gemeinderat & Co. als die letzten Glieder in einer langen Kette auch nur erwähnt werden: Rolf Schmitt, der hier zielstrebig über Monate hinweg in unzähligen Briefen und Telefonaten mit den beteiligten Stellen aber auch den Nachfahren der Opfer in Israel kommunizierte, organisierte und hartnäckig gegen Ignoranz und über Bürokratie hinweg „sein“ Projekt schließlich durchsetzte. Vielen Dank, Rolf, für Deine Beharrlichkeit und Geduld und dafür, dass meine Stadt Bruchsal mit der Verlegung von Stolpersteinen ein Zeichen setzt für die Gerechtigkeit, gegen die Barbarei der Nationalsozialisten und alle Verstöße gegen die Menschenrechte auch in unserer Zeit.*²³



Harry Ettliger, Enkelsohn von Otto Oppenheimer, in Heilbronn, einen Stolperstein lesend (Foto: Rolf Schmitt).

Nachgedanken

Einiges von dem, was seit November 2012 intensiv als einer Realisierung würdig diskutiert wurde, wurde bis heute noch nicht umgesetzt. Bereits 2012 wurde im Rathaus aufgrund deutlicher Rufe nach einem übergeordneten Mahnmal diese Idee verfolgt. Damals sah man als Problem die fatale *Konkurrenzsituation* bei der Finanzierung. Im März 2014 wurde dieses Großdenkmal im Gemeinderat ergebnislos diskutiert, dem Konzept einer Sanierung des Taharahauses und einem eventuellen Ausbau zu einer Gedenkstätte wurde jedoch dankenswerterweise zugestimmt. Mittlerweile ist das Taharahaus saniert und wartet auf seine weitere Verwendung.

Zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Sammelbandes gibt es sogar realisierbare Vorschläge für ein übergeordnetes Denkmal. Ein solches hat vor Jahren auch der frühere Diplomat in der deutschen Botschaft in Tel Aviv, Gerhard Holler aus Untergrombach, vorgeschlagen. Dieses Denkmal soll in der Nähe des Bahnhofs aufgestellt werden, wobei sich der Viktoriapark anböte, gegenüber vom Bahnhof gelegen, von dem aus die letzten Bruchsaler Jüdinnen und Juden nach Gurs deportiert wurden. Ein aus Haifa stammen-